Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 3 (1923-1924)
Heft: 11-12

Artikel: Die Illusion von der Wiedervereinigung
Autor: Heeb, Friedrich
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328692

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Arbeitswert- und Grenznutzentheorie ist ein verfehlter Versuch. „Das letzte Wort" der bürgerlichen Wissenschaft „ist die Selbstaufhebung der Nationalökonomie".

Ohne weiter darauf einzutreten, möchten wir hier nur noch kurz auf zwei Schlußfolgerungen aufmerksam machen: Monopolpreise sind entweder die Folge der beschränkten Menge von Grund und Boden oder des staatlichen Eingriffes in die Wirtschaft, umso nachdrücklicher ist daher die Forderung zu erheben, daß Industrien mit Monopolpreisen der Allgemeinheit zufallen sollen. Ebenso ist vom Standpunkt der Arbeitswerttheorie die grenznutzlerische Steuerüberwälzungstheorie abzulehnen, es ist für den Arbeiter doch nicht ohne Bedeutung, ob die Volkswirtschaft durch direkte oder indirekte Steuern belastet wird.

Literaturnachweis:

Lederer: Grundzüge der ökonomischen Theorie. 1922.
Hilfferding: Böhm-Bawerks Marx-Kritik. Marxstudien, 1. Band.
Grundriß der Sozialökonomie, 1. Band: Schumpeter und Wieser.
Weiterführende Literaturangaben sind in diesen Werken zu finden.

Die Illusion von der Wiedervereinigung.

Von Friedrich Heeb.

In den Heften 2—4 des laufenden Jahrganges dieser Zeitschrift hat uns der Genosse Fritz Schneider unter dem Titel: „Ueber die Spaltung zur revolutionären Einheit" seine Bilanz und sein Budget vorgelegt. Da ich die Auffassung, es werde auf diese oder jene Weise wieder zu einer Annäherung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten kommen, ja in nicht allzuferner Zeit die Wiedervereinigung denkbar sein, keinesfalls zu teilen vermag, sie im Gegenteil als eine trügerische Illusion betrachte, möchte ich im folgenden meine eigene Auffassung von den in Frage stehenden Dingen mit allem Freimut darlegen, ohne mich mit dem Genossen Schneider in eine Polemik darüber einzulassen, was seiner Meinung nach auf Seite unserer Partei und des Gewerkschaftsbundes an Fehlern oder Unterlassungssünden zu buchen ist. Im Unterschied zu Genosse Schneider scheint mir die Spaltung der sozialistischen Parteien aller Länder keineswegs nur eine Episode zu sein, sondern vielmehr eine historische Tatsache von dauernder Wirkung, ein Faktum, mit dem wir nicht nur Jahre, sondern Jahrzehnte zu rechnen haben. An dieser geschichtlichen Tatsache wird am allerwenigsten dadurch etwas zu ändern sein, daß man den Kommunisten in taktischen Fragen Zugeständnisse macht oder ihnen wenigstens in der Phraseologie entgegenkommt. Es läßt sich auch nicht wohl bestreiten, daß die mannigfachen Auswirkungen der kommunistischen Spaltungsarbeit in den nächsten Monaten und Jahren die Gewerkschaften mehr noch als die sozialistischen Parteiorganisationen beschäftigen werden. Die kommunistische Internationale

ist heute mehr denn je ein Instrument der bolschewistischen Politik im Innern Rußlands, das im wirklichen oder auch nur vermeintlichen Interesse der bolschewistischen Führerdiktatur über das östliche Riesenreich die gesamten nichtkommunistischen Arbeiterorganisationen West- und Mitteleuropas mit Dreck und Schwefel zu übergießen, sie von innen heraus, wie durch ununterbrochene Angriffe von außen her so gründlich als nur möglich zu zerstören hat. Inwieweit den Sinowjew und Kompagnie dieser herostratische Plan gelingt, ist eine Frage, deren Beantwortung in erster und letzter Linie davon abhängt, bis zu welchem Grade die Sozialisten Westeuropas, wie überhaupt alle ihrer Verantwortung bewußten Gewerkschafter der Pflicht entschlossener und unerbittlicher Abwehr in jedem Stadium dieser Auseinandersetzung genügen.

Man begeht kaum eine Uebertreibung, wenn man erklärt, daß die russischen Bolschewisten in der west- und mitteleuropäischen Arbeiterschaft immer nur Kanonenfutter für ihre strategischen Pläne gesehen haben, daß die Kommunistische Internationale stets nur gedacht war als eine Stütze des bolschewistischen Parteiterrors in Rußland, der dortigen Diktatur über das Proletariat und zugleich als eine moralische Rechtfertigung der unerhörten Verfolgung und Unterdrückung aller Sozialisten in Rußland. Das will natürlich keineswegs besagen, daß die kommunistische Bewegung nicht einen sehr starken ideologischen Gehalt aufweist. Doch möchte ich bestreiten, daß diese ideologischen Triebfedern irgendwie progressiv, geeignet seien, das Proletariat Europas in seinem Emanzipationskampfe vorwärts- und aufwärtszuführen. Die kommunistischen Theorien sind keine Weiterentwicklung der sozialistischen Ideen oder gar des Marxismus, auf den sich die Bolschewiki aus demagogischen Gründen so gerne berufen. Sie stellen vielmehr, wie das schon oft betont worden ist, einen Rückfall in die längst überwunden geglaubte rein verschwörerhafte, sektiererische Form der ursprünglichen Arbeiterbewegung dar, gehen im Grunde genommen nicht nur auf Bakunin, sondern auf Wilhelm Weitling und seine Zeit zurück. Der Bolschewismus und Kommunismus von heute beruht ebenso wie der ihm durchaus verwandte italienische Faschismus auf einer ausgesprochenen Geringschätzung, ja Verachtung der Massen, die den „Revolutionären von Beruf" immer nur als Objekt, nicht aber als Subjekt gilt, die sie jederzeit bedenkenlos auf die Schlachtbank führen, wenn es sich darum handelt, revolutionäre Experimente mit ihr anzustellen, sich mit ihr in der revolutionären Gymnastik zu üben. Die konsequenten Kommunisten gehen samt und sonders von der übrigens von Lenin seit Jahrzehnten verfochtenen These aus, daß das Proletariat selbst durch die kapitalistische Entwicklung und den aus ihr hervorgehenden Klassenkampf keineswegs reif werde zur Führung des Kampfes um seine eigene Befreiung, um die Erringung des Sozialismus. Dazu bedürfe es vielmehr einer künstlichen Züchtung des proletarischen Klassenbewußtseins, durch irgendeine „Vorhut", die selber durchaus nicht etwa aus dem Proletariat hervorgegangen sein müsse. Diese Theorie,

auf Grund deren sich die Kommunisten mit besonderer Vorliebe an die kulturell und geistig tiefstehendsten, von der Schule der Organisation noch kaum erfaßten Proletarier heranpirschen, macht es ihnen zur Aufgabe, das Klassenbewußtsein der Arbeiter künstlich zu erzeugen und aufzupäppeln. Die Partei wird so aus einer politischen Organisation zu einem Klub von Propagandisten, der mit der Arbeiterbewegung nur lose verbunden ist; der Sozialismus, wie ihn die Kommunisten auffassen, wird zu einer Sache der Minderheit der Klasse, die lediglich die Massen mitzureißen hat. Während Rosa Luxemburg schon viele Jahre vor dem Weltkrieg gegen diese leninistische Auffassung mit dem Satz polemisiert hat: „Tatsächlich ist die Sozialdemokratie aber nicht mit der Organisation der Arbeiterklasse verbunden, sondern sie ist die eigene Bewegung der Arbeiterklasse", vertreten die Unentwegten unter den Kommunisten, die heute in allen Ländern das Regiment in ihrer Sekte an sich gerissen haben, den genau entgegengesetzten Standpunkt. Ihnen allen ist, wie sie offen erklären, an der Gewinnung der Massen für die gewerkschaftliche und politische Organisation nichts gelegen, ihr Ideal ist eine „kleine, aber reine Partei", die die Massen wie eine Hammelherde führt. Das heißt, die kommunistische Partei soll und kann nichts anderes sein als ein Verschwörerklub, der in Zeiten, da an revolutionäre Aktionen nicht zu denken ist, wenigstens die eine Aufgabe mit aller Zähigkeit weiterführt: die Massenorganisationen des Proletariats: Gewerkschaften und sozialdemokratische Partei zu unterminieren, zu spalten und in ihrem Bestande zu dezimieren. Es ist denn auch durchaus konsequent, daß die rassenreinen Kommunisten von der Art der deutschen Ruth Fischer Persönlichkeiten wie Rosa Luxemburg am heftigsten bekämpfen. Als Heinrich Brandler, der nun abgesägte Vorsitzende der deutschen Kommunistenpartei, sich zur Verteidigung der von ihm für Sachsen eine Zeitlang ernst genommenen Parole der Einheitsfront auf das berief, was Rosa Luxemburg einmal geschrieben hatte, antwortete ihm die unentwegte Ruth Fischer: „Wer den Brandlerschen „Zentralismus" mit der Berufung auf Rosa Luxemburg heilen will, der will einen Tripperkranken durch Einflößung von Syphilisbazillen heilen."

Neben den ideologischen Triebfedern spielen freilich in der kommunistischen Bewegung Triebkräfte sehr materieller Natur, wie wir sie früher bei der Gründung der gelben Gewerkschaften durch die Unternehmer am Werke sahen, eine bedeutsame Rolle. Auf dieses Moment darf um so mehr hingewiesen werden, als die Kommunisten selbst nicht oft und laut genug über die Kassenschränke der Reformisten spotten können und damit den Arbeitermassen vortäuschen wollen, auf ihrer Seite herrsche der reinste Idealismus. Dabei steht fest, daß noch kaum je in einer Bewegung der Neuzeit, den italienischen Faschismus vielleicht ausgenommen, die Korruptionsgelder eine solche Rolle gespielt haben wie in der kommunistischen. Mit den Geldern Moskaus, das heißt des von den Bolschewiki beherrschten russischen Staates, wurden und werden in Mittel- und Westeuropa hunderte von wackeren

„Idealisten" fest besoldet, die ohne diese Zuwendungen längst wieder ihren Weg ins bürgerliche Lager zurückgefunden hätten. Als Bismarck in den 70er und 80er Jahren auf gleiche Weise einen großen Teil der deutschen Bourgeoispresse seinen Zwecken dienstbar machte, pflegten unsere Genossen diese Nutznießer des „Reptilienfonds" aufs schärfste zu brandmarken. Damals hätte wohl niemand daran gedacht, daß wenige Jahrzehnte später auf gleich verächtliche Weise versucht werden würde, die proletarische Revolution „vorwärtszutreiben", bezw. zu finanzieren. Ein typisches Beispiel für diese an Mark und Knochen der kommunistischen Internationale fressende Korruption sind die Vorgänge während der ungarischen Räterepublik des Jahres 1919 unter der Leitung des glorreichen Herrn Bela Kun. Wie dieser heute im Rate der obersten Götter Moskaus thronende Herr in Räteungarn manipulierte, darüber erzählt uns der ehemalige ungarische Metallarbeitersekretär Wilhelm Böhm aus genauester Kenntnis der damaligen Vorgänge in seinem eben erschienenen Buche*) die folgenden erbaulichen Dinge:

„Bela Kun bürgerte einen bisher unbekannten Begriff des Seelenkaufes ein. Zahlreiche Vertrauensmänner, einflußreiche Arbeiterführer in den Fabriken bezogen eine regelmäßige Subvention — und plötzlich wurden sie zu begeisterten Bolschewiken. Viele von den jungen unerfahrenen Soldaten der Kaserne waren im Genuß eines regelmäßigen Gehalts. Somit wurde die bewaffnete Macht der Kommunistenpartei ins Leben gerufen. Später kaufte man ganze Organisationen an. Die jugendlichen Arbeiter waren mit der ihnen von der sozialdemokratischen Partei zugebilligten Subvention unzufrieden; die Kuns lizitierten um 40,000 Kronen hinauf — und so „gewannen" sie die kleine, aber um so lautere Organisation der Jugendlichen Arbeiter für sich. Jeder neugegründeten revolutionsfeindlichen Organisation — abgerüstete Offiziere, Soldaten, Unteroffiziere usw. — war die finanzielle Unterstützung der Kommunistenpartei sicher, soweit sie die Bedingungen Kuns, die im rücksichtslosen Kampfe gegen die revolutionäre Sozialdemokratie gipfelten, zu erfüllen bereit war."

Das war vor der Proklamierung der Räterepublik, die eben mit solchen Mitteln „spontan" aus den Massen emporwuchs. In dem Ungarn unmittelbar benachbarten Deutschösterreich suchte Bela Kun auf gleiche Weise die Räterepublik zu etablieren, das heißt ganz einfach aus dem Kassenschrank hervorzuzaubern. Nach Veröffentlichung des Friedensvertrages von Saint-Germain, der Oesterreich so elend verstümmelte, beauftragte Bela Kun seinen Wiener Gesandten Wilhelm Böhm, er möge verfügen, daß Bettelheim die in seinem Besitz befindlichen 400,000 Kronen der österreichischen Kommunistenpartei übergebe und daß man Toman verständige, daß das österreichische Proletariat alles ohne Sicherstellung bekommen könne, was die Entente ihm verhieß (Westungarn), sonst aber auf keinen Fall: der einzige Weg sei die Proklamierung der Räterepublik.

---

* Wilhelm Böhm, Im Kreuzfeuer zweier Revolutionen. Verlag für Kulturpolitik, München, 1924.

Es gibt nichts Irrigeres und Gefährlicheres als die noch immer bei manchen Sozialdemokraten bestehende Annahme, die Spaltung der sozialistischen Parteien Europas in den Jahren 1920 und 1921 sei ein mehr äußerlicher, formaler Vorgang gewesen, der nach einigen Jahren der Irrungen und Wirrungen, der proletarischen Befehdung und Selbstzerfleischung sozusagen von selbst wieder gutgemacht werde. In Tat und Wahrheit beruht die gesamte kommunistische Bewegung darauf, daß die Sozialdemokratie ihr als die eigentliche und einzige Todfeindin gilt, auf deren Vernichtung um jeden Preis sie es abgesehen hat. Diese Tatsache wird am augenfälligsten, wenn man die Taktik der Kommunisten in den Gewerkschaften näher betrachtet. Das ganze Verrätergeschrei der Kommunisten in den Gewerkschaften läuft letzten Endes darauf hinaus, den sozialistischen Einfluß in diesen Organisationen zu brechen, die alten sozialistisch geschulten und sozialistisch orientierten Gewerkschafter hinauszuekeln, damit die Moskauer mit dem verbleibenden Rest als „Vorhut" nachher um so ungehinderter experimentieren, mit ihrer Hilfe die Masse der Unorganisierten und Unaufgeklärten für ihre stets sorgfältig verdeckten Pläne mißbrauchen können. Den Kommunisten ist ein Rückgang der Mitgliederzahl der Gewerkschaften in der Regel nicht nur gleichgültig, sondern geradezu erwünscht, sofern nur die Zurückbleibenden willig nach der Pfeife der Moskauer tanzen und diese „aktive Minderheit" imstande ist, die Unorganisierten mitzureißen. Da die Kommunisten auf die Erfüllung der praktischen Tagesaufgaben in der Arbeiterbewegung nicht den geringsten Wert legen, diese Kleinarbeit als überflüssigen Mumpitz betrachten, ist es nur logisch, daß ihnen der Mitgliederrückgang einer Gewerkschaft keine Sorgen macht.

Dem Bestreben, die sozialdemokratische Partei zu übertölpeln und nachher zu erledigen, mit Hilfe der unorganisierten Massen revolutionäre Kämpfe auszulösen, in denen die Niederlage zum vorneherein feststand, diente in ganz besonderer Weise die seit 1921 in so unzähligen Variationen wiederholte Parole von der „Einheitsfront". Auf diesen unehrlichen Trick sind kurzsichtigerweise auch eine Anzahl Sozialdemokraten bei uns und in anderen Ländern hereingefallen, wie der Trimbacher Ausschuß seligen Angedenkens und das so total mißglückte Experiment mit der kommunistisch-sozialistischen Regierung in Sachsen unter Zeigner beweisen. Niemand anders als der in allen Sätteln gerechte Karl Radek gesteht nachträglich in einem eben erschienenen Buche: „Fünf Jahre Komintern" zu, worum es den Kommunisten mit dieser Parole von Anfang an zu tun war. In dem Kapitel „Die Taktik der Einheitsfront" dieses Buches rühmt sich Radek zunächst, der eigentliche Erfinder der Lüge von der Einheitsfront gewesen zu sein. Er motiviert diese von ihm im Herbst 1920 ausgeklügelte „taktische Schwenkung" damit, daß damals „die Spaltung der deutschen Unabhängigen in den rückständigen (!) Arbeiterschichten das Gefühl hervorrief, daß das Proletariat sich atomisiere und in Gruppen zerspalte, während die Kapitalisten sich gleichzeitig gegen das

Proletariat zusammenschließen. Es war klar, daß man in den Augen der Massen feststellen (!) mußte, wer für die Spaltung verantwortlich war." Welche Vorteile Radeks strategische Voraussicht dann weiter von der kommunistischen Parole der Einheitsfront erwartete, erhellt aus folgenden Sätzen seines oben zitierten Buches:

„In einem gewissen Stadium des Kampfes wird die Mehrzahl der Führer der Sozialdemokratie wahrscheinlich die Sache verraten, aber bis das geschieht, vereinigt sich ein bedeutender Teil ihrer Anhänger schon mit den kommunistischen Arbeitern. Und wenn das geschehen ist, bleibt ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiter bei den Kommunisten. Es versteht sich, daß diese Entwicklung die Führer der Kommunistischen Partei vor gewaltige Schwierigkeiten stellt. Man muß es verstehen, eine klare und ausgeprägte Propaganda und Agitation für die Ziele des Kommunismus mit der Annäherung an die sozialdemokratischen Massen zu vereinigen, die noch in der sozialdemokratischen Ideologie befangen sind; man muß es verstehen, nicht nur gegen die Sozialdemokraten zu agitieren, sondern mit ihnen auch auf dem Gebiet der Organisierung der Arbeitermassen zu konkurrieren; man muß es endlich auch verstehen, den richtigen Augenblick zu wählen, in dem von der Politik der Agitation für gemeinsame Aktionen mit den Sozialdemokraten übergegangen werden muß zur Politik der Frontalangriffe gegen die Sozialdemokratie. Das verlangt intimste Bekanntschaft mit dem Schauplatz des Kampfes, das erfordert Fähigkeit zum taktischen Manövrieren."

Heute wissen wir, daß Moskau und seine Kostgänger in West- und Mitteleuropa ihre Taktik wieder geändert, auf die Parole der Einheitsfront generell verzichtet haben. Das heißt, man ist nun wieder restlos zu dem von Radek vorausgesagten Frontalangriff auf die Sozialdemokratie übergegangen. Schon vor Monaten hat Sinowjew diese letzte „taktische Schwenkung" proklamiert, und was seither in Deutschland wie in der Schweiz von kommunistischer Seite praktiziert wird, erhärtet nur ein neues Mal, wie folgsam die Kommunisten aller Länder den Befehlen Moskaus nachkommen. Darum wurden in Deutschland die Heckert, Brandler, Klara Zetkin, Sievert, Thalheimer usw. kaltgestellt, an deren Stelle nun die Scholem, Remmele und Ruth Fischer das Szepter schwingen. In der Schweiz gilt genau das gleiche taktische Gebot, wie mir neulich Zürcher Kommunisten offen und schmunzelnd erklärt haben, da ihnen offenbar wohler zumute ist, wenn sie sich in ihrer zu Rüpeleien so ausgezeichnet prädestinierten Natur keinerlei Zurückhaltung aufzuerlegen brauchen. Für seine Einheitsfrontideen wird der Genosse Schneider also auf der Gegenseite nur noch Spott und Hohn, ja Schlimmeres zu gewärtigen haben, wie der Verlauf der Basler öffentlichen Versammlung über den Metallarbeiterkonflikt am 13. Juni 1924 sinnenfällig gezeigt hat. Aber selbst wenn die Kommunisten äußerlich und zum Schein auf die Wünsche des Genossen Schneider eingingen, sich in heroischer Selbstverleugnung in die von ihm seit langem ersehnte schweizerische Arbeiterunion diszipliniert einfügen wollten, wäre ganz ausgeschlossen, daß die sozialdemokratische Partei und das Gros der Gewerkschafter ein solches

Projekt jemals ernstlich in Erwägung ziehen könnten. Eine Partei, deren alleinige Grundlage und Existenzmöglichkeit die Herbeiführung des Chaos in der Arbeiterbewegung ist, die vom Radau und Skandal lebt wie die Made vom Käse, die immer und in jedem Fall nur das Sprengpulver der Gesamtbewegung darstellt, eine solche Partei kann nimmermehr als Bundesgenosse für die sozialistisch gesinnte Arbeiterschaft in Frage kommen. Von irgendwelcher organisatorischer Bindung oder organisatorischer Gemeinschaft mit den Kommunisten kann heute ebensowenig die Rede sein als von der Hoffnung, daß es in der Zukunft möglich sein werde, mit ihnen eine Einheitsfront zu bilden. Die Sozialdemokratie wird gut tun, sich ein für allemal damit abzufinden, daß die Kommunisten für uns nicht anders zu bewerten sind wie ihre Brüder zur Rechten, die Gelben und Christlich-Sozialen, die gleichfalls von der Organisationszersplitterung leben. Die beiden letzteren Kategorien von Aucharbeitern haben wir stets mit gutem Grund als Schädlinge an der Arbeiterbewegung betrachtet, als freiwillige oder unfreiwillige Helfershelfer des Unternehmertums. Von Fall zu Fall, aber immer nur auf sehr beschränkte Zeit — wie zum Beispiel bei der Kampagne um die Erhaltung der 48-Stundenwoche am 17. Februar — haben wir dennoch die Bundesgenossenschaft der Gelben und Christlichsozialen akzeptiert, wie wir auch taktisch stets beweglich genug waren, um die jungfreisinnige oder klerikale Bundesgenossenschaft für bestimmte Zwecke auf politischem Gebiete anzunehmen. Dabei blieb aber stets die nötige Distanz gewahrt, ist es keinem von uns je in den Sinn gekommen, mit diesen gegnerischen Organisationen eigentliche Heiratsverträge in Form lokaler, kantonaler oder eidgenössischer Arbeiterunionen abzuschließen. Die gleiche Bewertung — eher noch eine geringere — verdienen trotz allen revolutionären Maulheldentums vom Standpunkte der gesamten Arbeiterklasse die Kommunisten als Spalter und Organisationsverderber von Beruf. Neun Zehntel ihrer „Aktionskraft" haben sie schon immer darauf verwandt, die Sozialdemokraten im höheren Interesse des Unternehmertums herunterzumachen und den Arbeitern das Verbleiben in den Gewerkschaften zu verleiden.

Genosse Schneider betont in seiner Artikelserie sehr mit Recht die bezeichnende Tatsache, daß in der Epoche von 1917 bis 1920 (heute wird es kaum viel anders sein) die chemischen Arbeiter in Basel die Bewegung beherrschten, sie, die bis dahin zu einem lächerlich geringen Prozentsatz organisiert und in der Arbeiterbewegung gänzlich unerfahren waren. Diese ungeschulten, meistens unqualifizierten Arbeiter, deren „Voraussetzungslosigkeit" den Moskauern gerade recht ist, bilden auch in allen anderen Ländern das Gros der kommunistischen Anhänger. Es ist kein Zufall, sondern eine ganz natürliche Erscheinung, daß die deutschen Kommunisten ihre Hochburgen in Rheinland-Westfalen und in Mitteldeutschland haben, in jenen beiden großen Industriezentren also, die bis unmittelbar vor dem Weltkrieg von den Gelben oder den Christlichen oder beiden zusammen beherrscht waren, wo die freigewerkschaftliche Organisation keinen Boden finden

konnte. Man braucht da nur an Krupp in Essen zu erinnern, dessen gelber Gewerkverein den Grundstock für die kommunistischen Organisationen der Nachkriegszeit abgegeben hat. Auch die Geistes- und Wahlverwandtschaft zwischen Kommunisten und Hakenkreuzlern in Deutschland ist die natürlichste Sache von der Welt, wie auf der anderen Seite nicht minder feststeht, daß der Faschismus in Italien, dessen Methoden fast haargenau denen der russischen Bolschewiki nachgebildet sind, nicht nur viele seiner Anhänger aus dem kommunistischen Lager bezog, sondern mit den Kommunisten bis heute auffällig kokettierte. Es war ja auch niemand anders als der große Kommunist Bombacci, der in der italienischen Kammer den Faschismus samt seinem Herrn und Meister Mussolini begeistert gepriesen und dafür nachträglich von Moskau väterliche Absolution erhalten hat.

Der Kampf zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten muß im Interesse der gesamten Arbeiterklasse unerbittlich bis zum Ende durchgeführt werden. In ihm darf es keine falschen Rücksichten oder Verkleisterungen der Gegensätze geben. Selbst nicht auf die Gefahr hin, daß das einige unklare oder unentschiedene Köpfe in unserem Lager übelnehmen und von uns abfallen. Von kommunistischer Seite wird übrigens gerade beim heutigen Stand der Dinge in Europa weniger als je Geneigtheit vorhanden sein, die Taktik der Einheitsfront mit der Sozialdemokratie, sei es auch nur scheinbar, weiterhin anzuwenden. Diese Taktik beruhte bisher auf der Erwartung, die „Atempause" bis zum Ausbruch einer neuen revolutionären Welle werde nur wenige Monate, schlimmstenfalls, wie Sinowjew im März 1924 prophezeite, ein bis zwei Jahre dauern. Diese im Hinblick auf Deutschland als dem „Angelpunkt der westeuropäischen Revolution" gestellte Prognose hat sich, wie alle anderen kommunistischen Wettervorhersagen der letzten fünf Jahre, als falsch erwiesen, und Sinowjew selbst schrieb daher am 8. Mai: „Im Gegensatz zu den russischen Bolschewisten (im Oktober 1917) sind die deutschen Kommunisten im Mai 1924 noch nicht imstande, das deutsche Proletariat sofort in den Endkampf zu führen." Die These ist von der Linken in der deutschen Kommunistenpartei um Ruth Fischer längst vertreten und daraus die Konsequenz gezogen worden, daß der Gefahr der Rückentwicklung des Kommunismus zur Sozialdemokratie beizeiten durch die Umwandlung der Kommunistischen Partei Deutschlands in einen Klub von Verschwörern und Berufsrevolutionären vorgebeugt werden müsse. Denn als Massenpartei kann natürlich auch die Kommunistische Partei auf die Dauer nichts anderes tun, als an die Alltagssorgen der Arbeiter anzuknüpfen, nach dem Muster der „reformistischen Verräter" den Kampf um die schrittweise Verbesserung des Loses der Arbeiter so lange zu führen, bis eben die revolutionäre Situation wieder in greifbare Nähe gerückt ist. Damit die kommunistischen Arbeiter ja nicht etwa dieser reformistischen Versumpfung verfallen, zunächst in der kommunistischen Partei sozialdemokratische Politik treiben und am Ende finden, die Kommunistische Partei habe überhaupt keine Existenzberechtigung mehr, vertröstet die Kommunistische

Partei die Arbeiter, die im täglichen Kampf ums Leben und ums Brot stehen, nach wie vor auf die kommende Revolution, obschon ihre Führer für sich selbst genau wissen, daß diese Revolution weit, weit in die Ferne gerückt ist. Damit inzwischen Beschäftigung da ist, werden Massenaktionen propagiert. Kommen sie zum Ausbruch, so sind für ihr Mißlingen zum vorneherein die Reformisten verantwortlich, werden sie aber von den Reformisten abgelehnt, so kann man erst recht über die „sozialistischen Verräter" losziehen.

Neuerdings gehört auch Radek zu den Kommunisten, die — allerdings zunächst noch vorsichtig und verklausuliert — den völligen Verzicht auf die kommunistische Taktik der Einheitsfront als kluges strategisches Manöver preisen. In dem oben zitierten Buche von ihm ist wörtlich gesagt:

„Wir können auf die Taktik der Einheitsfront nur dann verzichten, wenn zwei Bedingungen gegeben sind: 1. Wenn wir die Mehrheit der Arbeiter für uns haben oder 2. wenn eine Stabilisierung des Kapitalismus eintritt. Beim Vorhandensein einer kommunistischen Mehrheit in den Arbeitermassen ist die Taktik der Einheitsfront für uns überflüssig, beim Vorhandensein einer Stabilisierung des Kapitalismus ist sie unmöglich. Wenn der Kapitalismus sich stabilisieren sollte, so würde die Politik der Eroberung von Reformen wiederum möglich werden. Die Folge davon wäre nicht die Vereinigung, sondern die objektive Spaltung der Arbeiter in die Arbeiteraristokratie, die aus dem Kapitalismus Vorteile zieht, und in die breiten Arbeitermassen, auf deren Kosten die Arbeiteraristokratie diese Vorteile erhalten würde. Nicht genug damit, auch die politische Funktion der Sozialdemokratie würde sich ändern. Wenn der Kapitalismus auf Leben und Tod um seine Existenz kämpft, retten ihn die Führer der Sozialdemokratie durch ihren Verrat an den primitivsten Interessen der Arbeiterklasse, während die sozialdemokratischen Massen genötigt sind, aufs schwerste um ihre Existenz zu kämpfen. Daraus entstehen die Bedingungen für die Losreißung der sozialdemokratischen Massen von ihren Führern. Aber nach Maßgabe der Stabilisierung des Kapitalismus, nach Maßgabe der Schaffung eines Bodens für die Politik der Reformen, würden die Sozialdemokraten um diese Reformen feilschen und sogar mit gemäßigten legalen Mitteln für sie kämpfen und dadurch einen bedeutenden Teil ihrer Anhänger festhalten. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei bei einer solchen Lage würde darin bestehen, unter Organisierung des Kampfes des Proletariats in allerentschiedenster Weise gegen die Politik seiner reformistischen Bestechung durch die Sozialdemokratie anzukämpfen. Hier würde für gemeinsame Aktionen der Sozialdemokraten und Kommunisten kein Raum sein, denn die reformistische Politik ist keine Politik des Kampfes für die Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Arbeitermassen, sondern eine Politik des Kampfes um Reformen für einen kleinen Teil der Arbeiterklasse auf Kosten ihrer Mehrheit. Vorläufig (!) sind keine Tatsachen vorhanden, die die Komintern veranlassen könnten, in ihrer Politik von der Voraussetzung auszugehen, daß eine solche Stabilisierung des Kapitalismus herannaht. Vorläufig haben wir es zu tun mit einer Stärkung des Kapitalismus in bestimmten Weltteilen, mit Versuchen seiner Stabilisierung in anderen, Versuchen, die schon vielmals zur Verstärkung seines Zerfalls geführt haben. Die Widersprüche im Kapitalismus der Nachkriegsepoche sind so groß, daß wir, ohne blind zu sein für die theoretische Möglichkeit seiner Stabilisierung in dem Falle, wenn das Proletariat die Kräfte der Revolution zu organisieren nicht verstehen sollte, den Kurs doch auf diese

Organisierung nehmen müssen. Und dadurch ist vorausbestimmt, daß die Taktik der Einheitsfront, die an und für sich natürlich eine Uebergangstaktik ist, ihre historischen Aufgaben noch nicht erschöpft hat."

Jeder, der zwischen den Zeilen lesen kann, wird erkennen, daß Karl Radek für sich selbst fest überzeugt ist von der „Stabilisierung des Kapitalismus", obschon er von dieser Möglichkeit so spricht, als ob für sie herzlich wenig Anhaltspunkte vorlägen. Es wäre auch nichts verfehlter als die Annahme, Leute wie Karl Radek oder Eugen Varga hätten nicht längst erkannt, daß der Traum von der Weltrevolution für lange Zeit ausgeträumt sei. Wenn aber einmal diese den kommunistischen Parteihäuptern seit langem geläufige Tatsache auch den Massen nicht mehr vorenthalten werden kann, ihnen wenigstens teelöffelweise eingetrichtert werden muß, so wird von den Kommunisten auf andere als bisherige Weise versucht werden, diese Massen bei der Kandare zu halten. Das — so hoffen die Moskauer wenigstens — läßt sich ermöglichen, indem Moskau sich nur noch auf die rückständigsten und ungeschultesten Arbeitermassen, auf die Armen im Geiste stützt, zum Schutzpatron der Unorganisierten und Organisationsunfähigen wird. Diese werden von der Pflicht zur Leistung von Gewerkschaftsbeiträgen damit befreit, daß sie Moskau politisch Gefolgschaft leisten. Denn darauf, auf die Heiligsprechung und Glorifizierung des gewerkschaftlich unorganisierten, sich von Opfern für seinen Verband drückenden Arbeiters läuft die Radeksche Argumentation von der „Arbeiteraristokratie" hinaus. Unter dieser Arbeiteraristokratie versteht Radek die Gewerkschafter schlechthin, die dem Grundsatz der Selbsthilfe nachleben und sich durch ihre Opferwilligkeit in der Organisation die Möglichkeit erwerben, ihre wirtschaftliche Lage nach und nach zu verbessern. Da auf solche Weise selbständig und kritisch denkende Menschen erzogen werden, die den Revolutionären von Beruf mit ihren geschraubten Redensarten nicht so leicht ins Garn laufen, beschimpft Herr Karl Radek die Gewerkschafter samt und sonders als Arbeiteraristokraten. Wenn er damit freilich nur dokumentieren wollte, daß sich diese Aristokratie von dem für die kommunistischen Zwecke viel besser geeigneten Lumpenproletariat unterscheide, so wäre gegen eine solche Definition am Ende nicht viel einzuwenden.

Von der Todesstrafe.

Von Dr. Rob. Wagner.

III.

Viele, die anfangen, über den Wert der Todesstrafe nachzudenken, und wie Liepmann mit Recht sagt, auch viele, die sich diese Mühe nicht ernstlich geben, halten diese Strafart für besonders abschreckend und aus diesem Grunde unentbehrlich. Sie gehen davon aus, sie sei das größte ausdenkbare Uebel (was andere bestreiten); ihre Androhung,